



Presseschau vom 04.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Nach Afghanistan – Wehrbeauftragte fordert "schonungslose" Analyse von Mali-Einsatz**

Nach der bitteren NATO-Niederlage im Afghanistan-Krieg kommt nun auch der Bundeswehreinsatz im westafrikanischen Mali auf den Prüfstand. In Mali brachten die westlichen Truppen keine Stabilisierung der Situation. Nun brachte die Wehrbeauftragte Eva Högl ein mögliches Ende des Bundeswehreinsatzes ins Gespräch. ...

<https://kurz.rt.com/2rs3>

Christian Kreiß: **Rückblick 2021: Zunehmende Ungleichverteilung, Armut und Hunger**

In den letzten Monaten erschienen mehrere Studien, die sich mit sozialen Auswirkungen der internationalen Coronapolitik beschäftigen. ...

<https://kurz.rt.com/2rsn>

Paul A. Nuttall: **Der Euro ist 20 Jahre alt, aber seine Tage könnten gezählt sein**

Vor zwei Jahrzehnten wurde in der EU eine neue Währung eingeführt. Seitdem wurden deren Grenzen als "Einheitslösung" für verschiedene Volkswirtschaften in Europa aufgedeckt. Die Zukunft des Euro ist mittlerweile ebenso ungewiss wie die der EU selbst. ...

<https://kurz.rt.com/2rrw>

de.rt.com: **"Diener des Dritten Reiches": Weißrussland sandte Protestnote an die Ukraine wegen "Bandera-Marsch"**

Der sogenannte "Bandera-Marsch" in Kiew wird nun auch von Weißrussland auf das Schärfste verurteilt. Formeller Grund ist die Teilnahme von weißrussischen Oppositionellen an dem Umzug zu Ehren des ukrainischen Nationalistenführers. Doch die Kritik gilt auch der ukrainischen Politik. ...

<https://kurz.rt.com/2rsj>

abends/nachts:

rusvesna.su: **Ehemaliger Neonazi-Führer fordert, israelischen Botschafter aus der Ukraine zu vertreiben**

Der ehemalige Führer der Neonazi-Organisation "Rechter Sektor" Dmitri Jarosch fordert die Ausweisung des israelischen Botschafters aus der Ukraine.

Auf seiner Social-Media-Seite nannte er den israelischen Botschafter "einen Agenten des Kremls".

Damit reagierte Jarosch auf die Aussage der israelischen Botschaft, die den Fackelzug zu Ehren des 113. Geburtstags von Stepan Bandera verurteilte, der am 1. Januar in Kiew stattfand.

„Der israelische Botschafter ist ein Einflussagent des Kremls. Es ist notwendig, solche ‚Diplomaten‘ aus der Ukraine zu vertreiben! Grüße an alle Israelis, die auf der ukrainischen Seite stehen!“ - schrieb der Führer der Neonazis.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/dmitriy_yarosh_0.jpg

de.rt.com: **Fünf Atommächte veröffentlichen gemeinsame Erklärung zu Atomkrieg und Wettrüsten**

Russland, die USA, China, Frankreich und Großbritannien bekräftigen in einer veröffentlichten gemeinsamen Erklärung, dass ihre Atomwaffen nicht aufeinander gerichtet seien. Zudem formulierten sie ihr Bekenntnis zu den Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag.

In einer am Montag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung, die auf den Websites des Kremls und des Weißen Hauses veröffentlicht wurde, lautet der erste Absatz: "Frankreich, die Volksrepublik China, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika betrachten die Vermeidung eines Krieges zwischen Atomwaffenstaaten und die Verringerung der

strategischen Risiken als unsere wichtigste Aufgabe. Die Überschrift der Erklärung lautet: "Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals geführt werden."

Im weiteren Wortlaut des Kommuniqués ist zu lesen:

"Wir bekräftigen, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf. Da der Einsatz von Atomwaffen weitreichende Folgen hätte, bekräftigen wir auch, dass Atomwaffen – solange sie existieren – der Verteidigung, der Abschreckung von Aggressionen und der Kriegsverhütung dienen sollten. Wir sind der festen Überzeugung, dass die weitere Verbreitung solcher Waffen verhindert werden muss."

Des Weiteren heißt es im veröffentlichten Text: "Wir beabsichtigen, unsere nationalen Maßnahmen zur Verhinderung eines unbefugten oder unbeabsichtigten Einsatzes von Kernwaffen beizubehalten und weiter zu verstärken. Wir bekräftigen die Gültigkeit unserer früheren Erklärungen zur Entschärfung von Atomwaffen und bekräftigen, dass keine unserer Atomwaffen gegeneinander oder gegen einen anderen Staat gerichtet ist."

Die Atommächte betonten ihr gemeinsames Anliegen, "mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, um ein Sicherheitsumfeld zu schaffen, das den Fortschritten bei der Abrüstung förderlich ist, mit dem letztendlichen Ziel, einer Welt ohne Atomwaffen mit unverminderter Sicherheit für alle".

Zudem sicherten sie zu, "sich weiterhin um bilaterale und multilaterale diplomatische Ansätze zu bemühen, um militärische Konfrontationen zu vermeiden, Stabilität und Vorhersehbarkeit zu stärken, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu verbessern und ein Wettrüsten zu verhindern, das niemandem nützen und alle gefährden würde".

Die auch als P5 benannten Atommächte sind nicht die einzigen Länder der Welt mit Atomwaffen. Sowohl Indien als auch Pakistan besitzen beide Atomwaffen. Es wird allgemein angenommen, dass auch Israel über ein Atomwaffenarsenal verfügt. Nordkorea soll entsprechende Tests durchgeführt haben. Die USA, das Vereinigte Königreich und Australien hatten im vergangenen Jahr einen Pakt namens AUKUS geschlossen, der darauf abzielt, Australien mit atombetriebenen, aber konventionell bewaffneten U-Booten auszurüsten. Nach Expertenschätzungen aus dem Jahre 2016 lagern auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel (Rheinland-Pfalz) noch zehn bis 20 US-Atomsprengeköpfe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d30150b480cc459a0276f0.jpg>

snews.de: **Französischer Linken-Chef Mélenchon für Nato-Austritt der Republik**
Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der Linkspartei „Widerspenstiges Frankreich“, der bei den Wahlen 2022 erneut als Präsidentschaftskandidat in Frankreich antreten will, hat sich am Montag für den Austritt des Landes aus der Nato und für eine Zusammenarbeit mit Russland ausgesprochen.

Dies soll nach seiner Auffassung zu einer Deeskalation im Bereich der internationalen

Beziehungen beitragen. „Ich bin dafür, die Nato zu verlassen. Wir brauchen eine Deeskalation“, schrieb Mélenchon auf Twitter.

Der Austritt aus der Allianz würde es Paris ermöglichen, nicht in „nordamerikanische Militärabenteuer“ hineingezogen zu werden, erklärte der Linkspolitiker gegenüber dem Radio von France Inter.

„Russland ist ein Partner. Ich bin nicht damit einverstanden, daraus einen Feind zu machen. Ich bin nicht damit einverstanden, das Wort zu verraten, das der russischen Führung gegeben wurde – als ihnen gesagt wurde, dass das Ende des Warschauer Paktes und des Sowjetblocks nicht dazu führt, dass sich die Nato den Grenzen Russlands nähert“, betonte Mélenchon in dem Radio-Interview.

Russland habe sich nach dem Nato-Beitritt der ehemaligen Sowjetstaaten „bedroht“ gefühlt. Aus demselben Grund ist er der Meinung, dass die Ukraine dem Bündnis nicht beitreten sollte. Deeskalation sollte zur Grundlage des politischen Kurses werden, so Mélenchon. Er lehne einen „neuen kalten Krieg“ ab.

Bei der letzten Präsidentschaftswahl in Frankreich hat Mélenchon im ersten Wahlgang mehr als 19 Prozent der Stimmen gewonnen, ohne es in die zweite Wahlrunde zu schaffen. 2022 kann er zum dritten Mal am Präsidentschaftsrennen teilnehmen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/03/4889445_0:75:3073:1803_1920x0_80_0_0_4c583d5436c99739433414fe3595aa7b.jpg

de.rt.com: **Moskau reagiert auf Enthüllungen über Londons politische Einmischung in Russland**

Großbritannien hat ein Netzwerk von Zweigstellen in Russland geschaffen, um Entwicklungen in der Zivilgesellschaft des Landes durch ein System von Zuschüssen in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar jährlich zu beeinflussen. Darauf wies Moskau am Sonntag hin.

Das Ausmaß der Finanzmittel, die London für die "Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Organisationen [...] und die Steuerung des russischen [politischen] Kurses in eine für Großbritannien günstige Richtung [...] ausgibt, sind unglaublich", betonte die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie bezog sich dabei auf kürzlich geleakte Dokumente, die Licht auf die Aktivitäten britischer Diplomaten in Russland werfen.

Britische Beamte sollen Geld für Versuche ausgegeben haben, die politische Lage in Russland zu destabilisieren, indem sie verstärkte Protestaktivitäten "sponserten", so Sacharowa. Sie warf London vor, seine Aufmerksamkeit auf "zunehmende soziale Spannungen und Polarisierung" im Land zu richten.

Sie forderte das britische Außenministerium auf, seine Aktivitäten offen zuzugeben, fügte jedoch hinzu, dass sie nicht erwarte, dass dies geschehen werde. Die Erklärung Moskaus wurde durch eine Reihe von Leaks ausgelöst, die von der investigativen Gruppe Underside veröffentlicht wurden.

Das britische Außenministerium plane zwischen den Jahren 2020 und 2023 bis zu 1,3 Milliarden Rubel (17 Millionen US-Dollar) für den Versuch auszugeben, das öffentliche Leben in Russland im Sinne Londons zu beeinflussen, so die Investigativ-Gruppe unter Berufung auf eine Reihe von Dokumenten.

Die angeblich aus der britischen Botschaft in Moskau durchgesickerten Papiere zeichnen ein Bild eines riesigen Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen, die von den britischen Behörden Zuschüsse oder Finanzmittel für Dutzende von Projekten erhalten haben. London gibt auch reichlich Geld für die Aktivitäten seiner staatlichen Rundfunkanstalt BBC in der russischsprachigen Welt aus.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist die mediale Förderung der sogenannten "LGBTQ+-Kultur" und ihrer Akzeptanz in Russland, das in den Dokumenten als "homophobes" Land beschrieben wird, das dieser "Gemeinschaft" gegenüber "unfreundlich" gesinnt sei.

Bestimmte Projekte dienen auch dazu, die in Russland aufstrebende zivilgesellschaftliche Führung direkt im Vereinigten Königreich auszubilden und eine "pro-britische" Gruppe unter den russischen Eliten zu schaffen. Einige der Partner, mit denen das britische Außenministerium zusammenarbeitet, wurden inzwischen nach russischem Recht als "ausländische Agenten" eingestuft – eine Bezeichnung, die eine NGO oder ein Medienunternehmen kennzeichnet, das in Russland politisch aktiv ist und ausländische Mittel erhalten hat.

Ein solcher Partner ist die Nichtregierungsorganisation Memorial, die kürzlich beschuldigt wurde, gegen das Gesetz über "ausländische Agenten" verstoßen zu haben. Einst eine prominente zivilgesellschaftliche Organisation, die sich der "Bewahrung des historischen Gedächtnisses" verschrieben hatte, wurde die NGO beschuldigt, sich von ihren Wurzeln entfernt zu haben und sich der "Verfälschung" der Geschichte zuzuwenden.

Memorial wurde letzten Monat von einem russischen Gericht wegen Verstößen gegen das Gesetz über ausländische Agenten geschlossen, was sofort eine empörte Reaktion aus Straßburg auslöste. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) forderte Russland auf, seine Gerichtsentscheidung auszusetzen und die Organisation zu erhalten.

Aus den von Underside veröffentlichten Dokumenten geht hervor, dass Beamte des Vereinigten Königreichs solche Kennzeichnungen sowie das russische Gesetz über "ausländische Agenten" als "Risiko" für ihre Programme betrachteten. In einigen der Dokumente wird offen erklärt, dass die russische Gesetzgebung die Projekte behindern könnte, indem sie Fachleute von der Teilnahme an ihnen abhält.

In einem dieser Unterlagen wird die mögliche Auflösung von Memorial angedeutet und es werden mögliche Wege für den Zugang zu dessen Dokumenten aufgezeigt, falls die NGO geschlossen würde.

Bisher hat sich London noch nicht zu diesem Thema geäußert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d330bcb480cc0c201d1db4.jpg>

snanews.de: **Migrationskrise: Polen meldet weitere Grenzübertrittsversuche und beschuldigt Weißrussland**

Die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze bleibt weiterhin angespannt, sagte die Pressesprecherin des polnischen Grenzschutzes, Anna Michalska, am Montag gegenüber Journalisten.

„Wir beobachten stets, dass aggressive Personen versuchen, die Grenze zu überqueren. Weißrussische Dienste helfen diesen Ausländern immer wieder. Wir haben nicht nur einmal beobachtet, wie weißrussische Dienste, weißrussische Soldaten oder Mitarbeiter des weißrussischen Grenzschutzes Steine warfen oder Stacheldraht zerschnitten – selbst als es dort keine Ausländer gab“, sagte Michalska.

Laut Michalska sei die Anzahl versuchter Grenzübertritte im Jahr 2021 um Hunderte gestiegen.

„Im vergangenen Jahr haben wir 39.714 illegale Versuche verzeichnet, die polnisch-weißrussische Grenze zu übertreten. Ein Jahr zuvor hatte es 122 solche Versuche gegeben“, sagte die Sprecherin. Nach ihren Angaben wurden im Jahr 2021 insgesamt 2800 illegale Migranten an diesem Grenzabschnitt gestoppt.

Die Sprecherin verwies darauf, dass Polen bald mit dem Bau einer massiven ingenieurtechnischen Anlage an der Grenze zu Weißrussland beginnen werde.

„Der Bau einer Sperranlage für 1,5 Milliarden Zloty (rund 375.000 Dollar) ist eine große Herausforderung für uns (...). Das diesbezügliche Abkommen wird in nächster Zeit unterzeichnet. An technischen Details wird noch gearbeitet. Wir werden uns Mühe geben, den Schutz der Firmen und Menschen, die die Sperranlage errichten werden, gegen Attacken von weißrussischer Seite zu gewährleisten“, so die Sprecherin.

In den letzten Monaten haben sich mehrere tausend Migranten an der weißrussisch-polnischen Grenze gesammelt – in der Hoffnung, in die EU zu gelangen. Die polnischen Behörden haben den Grenzschutz verstärkt und Truppen zusammengezogen. Sie verhindern jeden Versuch der illegalen Migranten, in polnisches Staatsgebiet zu gelangen, und machen Minsk für die Migrationskrise verantwortlich.

Weißrussland weist die Vorwürfe zurück und erklärt, Polen dränge Migranten gewaltsam über die Grenze zurück und heize die Situation mit den Flüchtlingen künstlich an.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/11/4730127_0:42:3109:1791_1920x0_80_0_0_e21189fcc84b42065a7cd9de9a498bf9.jpg

snanews.de: **Mexiko will Julian Assange politisches Asyl gewähren**

Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador hat die Bereitschaft angekündigt, dem WikiLeaks-Gründer Julian Assange politisches Asyl zu gewähren. Der mexikanische Staatschef gab das auf einer Pressekonferenz bekannt.

„Wir sind bereit, Assange Asyl anzubieten. Wir glauben, dass die US-Regierung humanistisch handeln sollte. Assange ist krank, und es wäre eine Manifestation der Solidarität, der Brüderlichkeit, ihm zu erlauben, in dem Land, in dem Assange leben möchte, darunter Mexiko, Asyl zu erhalten“, sagte Mexikos Präsident. Das entsprechende Video wurde auf dem YouTube-Kanal der Regierung veröffentlicht.

Die Aussage des mexikanischen Staatschefs kam ein Jahr, nachdem er angekündigt hatte, dem WikiLeaks-Gründer politisches Asyl anbieten zu wollen. Das Außenministerium solle das Prozedere dafür einleiten und die britische Regierung über das Asylangebot informieren, hieß es damals.

Anfang Dezember 2021 hatte Washington einen Einspruch gegen Assanges Auslieferung vor dem High Court in London gewonnen. Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sitzt seit 2019 im britischen Gefängnis Belmarsh. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft. Die USA werfen ihm vor, mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht zu haben. Er habe damit US-Informanten in Gefahr gebracht. Seine Unterstützer sehen in ihm hingegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hatte.

Ende Dezember 2021 hatte die Verlobte von Assange, Stella Moris, in sozialen Netzwerken mitgeteilt, die Berufung gegen das Urteil des britischen High Court bei der letzten Berufungsinstanz des Vereinigten Königreichs, dem Supreme Court, eingereicht zu haben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/07/1c/2995024_0:196:2910:1833_1920x0_80_0_0_4c85f042580bc5b386d3030f38f52aa8.jpg

snanews.de: **Estlands Verteidigungsminister sieht Russland als „Bedrohung für den Kontinent“**

Laut dem Verteidigungsminister der Republik Estland, Kalle Laanet, ist die Sicherheit des europäischen Kontinents wegen des „östlichen EU-Nachbarn“ in „echter Gefahr“.

„Der östliche Nachbar der Europäischen Union will selbst nicht leben und anderen ein Leben in Frieden und Demokratie nicht zulassen. Andere Länder sind für ihn einfach nur Territorien, die für die Eroberung wertvoll sind“, sagte der Politiker am Montag in Tallinn bei einer Zeremonie zum Gedenken an die Gefallenen des Unabhängigkeitskrieges und zu Ehren des einhundertzweiten Jahrestages des Waffenstillstands zwischen Estland und Sowjetrußland. Der Minister betonte ferner, Estland müsse sich nicht mehr „allein verteidigen“, weil es jetzt „starke Verbündete“ habe.

Es ist nicht das erste Mal, dass das estnische Verteidigungsministerium solche schwere Anschuldigungen erhebt. Auch Laanets Vorgänger, Jüri Luik, hatte Russland einen „Feind“ genannt und die Soldaten aufgerufen, bereit zu sein, das Land zu schützen.

Außerdem sagte der estnische Präsident Alar Karis im Dezember, er wolle nicht über vom

Kreml vorgeschlagene Initiativen zu gegenseitigen Sicherheitsgarantien diskutieren, und forderte eine „Eindämmung“ Moskaus.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/03/4891366_0:225:3071:1952_1920x0_80_0_0_f453a60be6ffeb3d90b841d5d81eabe0.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

ukrinform.de: **Abschreckung Russlands, Frieden, humanitäre Projekte in der Ostukraine: EU-Außenbeauftragter Borrell besucht die Ukraine**

Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, wird vom 4. bis 6. Januar die Ukraine besuchen. Der dritte Besuch von Borrell findet auf Einladung des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba statt, teilte das Außenministerium der Ukraine mit.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Kuleba und Borrell werden nach Angaben der Außenbehörde die „Abschreckung der russischen Aggression, Fortschritte bei der friedlichen Lösung auf der Grundlage des Respekts der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, die Umsetzung von humanitären Projekten im Donbass, die Unterstützung von weiteren Reformen im Land“ stehen. Ziel des Besuchs sei es auch, die Unterstützung der EU für die Ukraine angesichts der aggressiven Handlungen Russlands zu zeigen.

Am 5. Januar werden Kuleba und Borrell die Trennlinie in der Oblast Luhansk besuchen.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_10/thumb_files/630_360_1634041463-636.jpeg

Mzdnr.ru: Am 3. Januar wurden in der DVR 370 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 69 positiv, bei 8 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. In den letzten 24 Stunden wurden 53 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 33 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 536 Personen mit Lungenentzündung mit Sauerstoffunterstützung in Behandlung (+17 in den letzten 24 Stunden).

Am 4. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 119.079 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1904 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 107.853 als gesund entlassen, es gibt 9321 Todesfälle (41 in den letzten drei Tagen).

de.rt.com: **China: Atom-U-Boot-Programm für Australien führt zum Kollaps der nuklearen Nichtverbreitung**

Die Pläne zum Bau von Atom-U-Booten für Australien im Rahmen des neuen dreiseitigen Abkommens AUKUS sind eine Gefahr für das Regime der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Dahingehend äußerte sich der Rüstungskontrollbeauftragte des chinesischen Außenministeriums.

Das neue trilaterale Verteidigungsabkommen AUKUS zwischen den USA, Großbritannien und Australien, das bereits weltweit auf scharfe Kritik gestoßen ist, könnte zum Zusammenbruch des Systems der Nichtverbreitung von Kernwaffen führen. Diese Wertung gab Fu Tsun, Leiter der Abteilung für Rüstungskontrolle des chinesischen Außenministeriums, am Dienstag bei einem Pressebriefing ab. Den Grund sieht China in Plänen, für Australien nuklear angetriebene Unterseeboote zu bauen:

"AUKUS, und insbesondere das trilaterale Abkommen über die Entwicklung von Atom-U-Booten, ist ein äußerst ernstes Thema. Das Wesen des Problems ist: Falls dieser Plan umgesetzt wird, würden die USA und das Vereinigte Königreich in ihrer Qualität als Atommächte waffenfähiges Uran an Australien abgeben, das kein Atomwaffenstaat ist. [...] China ist daher, wie viele andere Länder auch, äußerst besorgt über diese Zusammenarbeit."

Der Diplomat betonte, dass das bestehende IAEO-Sicherheitssystem keine Möglichkeit zur Überprüfung bietet, ob Australien das Material statt als Reaktorbrennstoff der U-Boot-Antriebe nicht vielleicht zum Bau von Kernwaffen verwenden wird. Das aber würde möglicherweise den Zusammenbruch des weltweiten Regimes der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen bedeuten – und die Absicht, ihn herbeizuführen, unterstellt China den AUKUS-Mitgliedsstaaten. So zitiert ihn die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti: "Diese trilaterale Zusammenarbeit bei Atom-U-Booten wird einen äußerst negativen Präzedenzfall schaffen. [...] Wir glauben, dass dies eine böswillige Ausnutzung eines Schlupflochs im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen wäre, und wenn viele Länder so verfahren sollten, würde dies den Zusammenbruch des Systems der Nichtverbreitung von Kernwaffen bedeuten."

Überhaupt, so Fu Tsun, hätten die genannten Länder, die bisher stets die Führung bei den internationalen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen beansprucht haben, mit dem Abschluss des fraglichen Vertrags mit zweierlei Maß gemessen.

In diesem Zusammenhang, fügte Chinas Rüstungskontrollbeauftragter an, drängt sein Land auf die Einrichtung eines Sonderausschusses innerhalb der IAEO: In diesem sollen die rechtlichen, politischen und technischen Auswirkungen dieser Zusammenarbeit erörtert werden.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d41388b480cc379b4e18b9.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Zahl der Migranten am Ärmelkanal 2021 drei Mal so hoch wie 2020**

Die illegale Migration nach Großbritannien über den Ärmelkanal hat sich 2021 im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Die britische Regierung will der Entwicklung mit höheren Strafen für Menschenhändler und einer schärferen Asylgesetzgebung entgegenzutreten.

Die Zahl der Menschen, die illegal per Boot den Ärmelkanal überquerten, war im vergangenen Jahr drei Mal so hoch wie noch im Jahr davor. Wie die britische Nachrichtenagentur PA am Dienstag unter Berufung auf Zahlen des Innenministeriums meldete, erreichten 2021 auf diesem Weg mehr als 28.300 Menschen Großbritannien, 2020 waren es nur etwa 8000 Menschen gewesen.

November war Rekordmonat

Die meisten Migranten innerhalb eines Monats kamen trotz niedriger Temperaturen im November über die Meerenge. Der Tagesrekord wurde am 11. November mit 1185 Menschen gezählt. Bis zu 50 Personen wurden auf einem einzigen Boot transportiert. Am 24. November kamen 27 Menschen ums Leben, als ihr überfülltes Boot sank.

Illegale Migranten per Gesetz benachteiligen?

Die britische Regierung will der Krise mit erhöhten Strafen für Menschenhändler und einer schärferen Asylgesetzgebung Herr werden. Ein Gesetzentwurf sieht vor, die Einreise auf illegalem Weg strafbar zu machen und Menschen, die so ins Land gekommen sind, bei einem Asylantrag zu benachteiligen.

Menschenrechtsorganisationen für legale Wege

Menschenrechtsorganisationen fordern hingegen, legale Wege für Flüchtlinge nach Großbritannien zu schaffen. „Menschen werden weiterhin in leichten Booten den Ärmelkanal überqueren und Menschenhändler werden weiterhin profitieren, solange die Regierung nicht mehr Routen zum Beantragen von Asyl öffnen“, sagte der Geschäftsführer der Organisation Refugee Action, Tim Naor Hilton, PA zufolge.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0b/4655902_0:157:3072:1885_1920x0_80_0_0_898634218fa7e07a6d7bbd4da3f12967.jpg

snnews.de: **Nato bestätigt Treffen von Nato-Russland-Rat am 12. Januar**

Die Nato hat das Treffen des Nato-Russland-Rates am 12. Januar bestätigt und Russland in diesem Zusammenhang aufgerufen, „die Bedenken der Allianz zu berücksichtigen“.

„Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates für den 12. Januar 2022 eine Sitzung des Nato-Russland-Rates einberufen“, heißt es in einer Mitteilung des Pressedienstes der Allianz.

In der Mitteilung wird betont, dass der Dialog mit Russland auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und parallel zu Konsultationen mit den europäischen Partnern der Nato geführt werden sowie auf den Grundprinzipien und grundlegenden Dokumenten zur europäischen Sicherheit beruhen sollte.

Die Nato hat die Tagesordnung des Treffens noch nicht geklärt.

Sondertreffen von Nato-Außenministern für 7. Januar geplant

Darüber hinaus ist bekannt geworden, dass die Nato-Außenminister am 7. Januar ein Sondertreffen abhalten sollen, um die russischen Forderungen zu europäischen Sicherheitsfragen zu erörtern.

„Ein Sondertreffen der Nato-Außenminister findet am Freitag, dem 7. Januar, per Videoschleife statt“, schrieb die Allianz auf ihrem offiziellen Twitter-Account. Die Minister würden „die Konzentration der russischen Streitkräfte“ nahe der Ukraine sowie allgemeine Fragen der europäischen Sicherheit erörtern, hieß es weiter.

Moskau fordert Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember richtete Moskau an Washington und die Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Demnach soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten. Auch würde gemäß dem Vertragsentwurf die der gegenseitigen Bedrohung dienende Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen untersagt.

Washington und Moskau haben vereinbart, Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1920x0_80_0_0_adb8b5b9eff57d852bd6375c52faeff0.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 04.01.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 95. Luftsturmbrigade zwei Schützenpanzerwagen in Nowobachmutowka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat eine mobile Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Priwolje mit Hilfe einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungskanäle einer Drohne der OSZE-Mission blockiert, um die Entdeckung von in diesem Gebiet stationierter Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte durch Beobachter zu verhindern.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sich dabei in Bereitschaft, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist in den Verbänden und Truppenteilen der Luftsturmtruppen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone ein Besuch des Kommandeurs der Luftsturmtruppen Brigadegeneral Mirgorodskij geplant.

Gemäß uns vorliegenden Informationen ist der Zweck des Besuchs des Leiters die Überprüfung der Lage der Dinge in der 25. und 95. Brigade, wo eine gestiegene Zahl von nicht kampfbedingten Verlusten unter den Soldaten festzustellen ist.

Wir erinnern daran, dass vom 27. Dezember bis heute in diesen Brigade drei Tote und fünf Verletzte festzustellen waren, wofür die Ursache das Trinken von Alkohol, die Verletzung von Sicherheitsanforderungen sowie nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen sind, was eine Folge des Fehlens der Kontrolle von Seiten der Brigadekommandeure ist.

Außerdem plant der Kommandeur der Luftsturmtruppen, die zahlreichen Beschwerden von Soldaten der Brigade über den Zustand der rückwärtigen Versorgung, was in der geringen Qualität der Lebensmittelversorgung und dem Fehlen von Heizstoffen für das Personal auf den Kampfpositionen zum Ausdruck kommt, zu überprüfen.

Derzeit arbeiten die Kommandeure der 25. und 95. Brigade Kurasch und Wesser täglich in den unterstellten Einheiten, um zu verhindern, dass zusätzliche Kritik aufkommt und um die Schuld der Bataillonskommandeure für die Vorkommnisse zu ermitteln, um die Verantwortung von sich abzulenken.

snanews.de: **Gastransit von Gazprom über Ukraine geht auf Zwei-Jahre-Tief zurück – Kiew**

Die Erdgastransitlieferungen des russischen Energieriesen Gazprom über die Ukraine sind seit Anfang 2020 noch nie so niedrig gewesen. Dies geht aus einer Facebook-Mitteilung des Chefs des Betreibers des ukrainischen Gaspipelinetzes, Sergiy Makogon, hervor.

Am Montag gingen die russischen Gaslieferungen über das ukrainische Territorium demnach auf 52,5 Millionen Kubikmeter pro Tag zurück. Gebucht worden sei eine Menge von 109,6 Millionen Kubikmetern pro Tag.

„Es wird erwartet, dass der Rückgang der Transitlieferungen heute, am 4. Januar, fortgesetzt werden soll, da die Spezifikationen zu Beginn der Gassaison bei 50,5 Millionen Kubikmeter pro Tag liegen. Dies ist der niedrigste Stand des Gastransits seit Ende Januar 2020“, hieß es in der Mitteilung.

Das russische Unternehmen habe die ukrainische Seite nicht über die Gründe für den Rückgang der Transitlieferungen informiert, betonte Makogon.

Ende 2019 hatten Russland und die Ukraine ein Paket von Gasverträgen unterzeichnet, darunter einen fünfjährigen Transitvertrag. Gazprom soll dem Abkommen zufolge 65 Milliarden Kubikmeter Erdgas im ersten der fünf Jahre liefern. Des Weiteren sollten 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr gepumpt werden.

Am Vortag hatte der stellvertretende russische Außenminister, Alexander Pankin, erklärt, Moskau überschreite das Volumen des obligatorischen Gastransits über die Ukraine um acht bis zehn Prozent. Russland sei nicht verpflichtet, die gesamten Gasvolumen auf dem Weg nach Europa lediglich über das Staatsgebiet der Ukraine zu pumpen, betonte er.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/04/4897063_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_61a188dfcabbb8c2eb9489db1c3f9a01.jpg

snnews.de: „Taiwans Vertretungsbüro“ in Vilnius: Litauens Präsident bezeichnet Namensgebung als Fehler

Der litauische Präsident, Gitanas Nausėda, sieht die Eröffnung des taiwanischen Vertretungsbüros in Vilnius zwar nicht als verwerflich an, allerdings lässt der gewählte Name bei ihm Zweifel aufkommen. Der Grund hierfür seien die damit einhergegangenen Spannungen mit China, die die Beziehungen zwischen den beiden Staaten spürbar getrübt haben.

Taiwan, das zuvor seine De-facto-Botschaften im Ausland als „Taipeh-Vertretung“ bezeichnet hatte, hat trotz wiederholter Warnungen aus Peking Mitte November die Aufnahme der Arbeit von „Taiwans Vertretungsbüro“ verkündet.

Nausėda erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber einem litauischen Nachrichtensender, dass nicht die Eröffnung an sich, sondern die Wahl des Namens ein Fehler gewesen sei.

Dieser ist ihm zufolge nicht mit ihm zuvor abgestimmt worden.

Dabei betonte er, dass, obwohl Litauen als auch Taiwan Vertretungen ohne diplomatischen

Status eröffnen dürften, der Name des Büros zu einem bestimmenden Faktor geworden sei, „der sich derzeit sehr stark auf unsere Beziehungen zu China auswirkt“.

China, so Nausėda weiter, wende „unkonventionelle Maßnahmen“ gegenüber Litauen an, weshalb Litauen der Europäischen Union (EU) klar zu verstehen geben solle, dass dies „ein Angriff, ein gewisser Druck auf einen der EU-Staaten“ sei.

Chinesisch-litauische Beziehungen

Nachdem Taiwan, das von China als Teil des eigenen Territoriums angesehen wird, im November seine Vertretung in Litauen unter eigenem Namen eröffnet hatte, mehrten sich die Drohungen mit Konsequenzen aus Peking. Damals hieß es: Die Entscheidung verstoße „unverschämterweise“ gegen den Geist des Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Litauen.

Mit Blick auf diesen Schritt hat China erneut darauf hingewiesen, dass „dieser Akt“ den falschen Eindruck von ‚ein China, ein Taiwan‘ (China verbietet Formulierungen, die „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“ ableiten lassen) in der Welt erweckten, Chinas Souveränität und territoriale Integrität untergrabe sowie sich „massiv“ in Chinas innere Angelegenheiten einmische.

Angesichts der Tatsache, dass „die politische Grundlage für diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene durch Litauen beschädigt wurde“, wie es in einer damaligen Erklärung des Außenministeriums in Peking hieß, habe die chinesische Regierung die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf die Geschäftsträger-Ebene herabgestuft.

Als Reaktion darauf hat Litauens diplomatische Delegation in China Mitte Dezember das Land verlassen. Die litauischen Behörden hatten dies dahingehend kommentiert, dass sie ihren Top-Diplomaten aus China zu „Beratungen“ abberufen hätten und die Botschaft vorerst aus der Ferne operieren werde.

Spannungen zwischen China und Taiwan

China sieht Taiwan nur als Teil des eigenen Territoriums an. Nur 15 Staaten – darunter Eswatini und St. Vincent sowie die Grenadinen – erkennen Taiwan an und müssen dafür auf diplomatische Beziehungen zu China verzichten.

Aus Furcht vor chinesischen Repressalien bezeichnet Taiwan seine De-facto-Botschaften im Ausland üblicherweise als „Taipeh Vertretung“. Peking droht Taiwan auch damit, die Insel notfalls mit Gewalt mit dem kommunistischen Festland zu vereinigen.

Die chinakritische Regierung im EU-Land Litauen hatte Taipeh im Juli erlaubt, den Namen „Taiwan“ bei seiner Vertretung zu führen. Peking hat daraufhin seinen Botschafter aus Vilnius abgezogen und Litauens Regierung aufgefordert, ihren Botschafter in Peking ebenfalls zurückzurufen. Zudem hat China den Güterzugverkehr nach Litauen gestoppt und dem Land keine Einfuhrgenehmigungen für Lebensmittel mehr erteilt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/04/4897590_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_45c50c2d7882598eb3361316ace99104.jpg